



Wut und Unverständnis über das CS-Debakel

Die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS sowie die milliarden-schweren Staatsgarantien durch Bund und Nationalbank hinterlassen bei der Bevölkerung Wut, Unverständnis und Ratlosigkeit. Das Vertrauen in Politik und Wirtschaft wird erschüttert. Das Thema ist zudem komplex und einfache Lösungen drohen daher, zu kurz zu greifen.

Schon wieder sorgt eine Schweizer Grossbank für ein wirtschaftliches Erdbeben. Nun muss die Politik wieder einschreiten, aber kann sie das auch zielführend? Die Too-Big-to-Fail-Gesetzgebung gilt als gescheitert, zumal sie dieses Desaster im besten Fall herausgezögert, aber nicht verhindert hat. Vorstellbar wären beispielsweise zwei Szenarien: 1) Eine deutlich stärkere (oder zumindest stark angepasste) Regulierung des Bankensystems, welche die Entscheidungsträger in kurzfristigen Profitsucht massiv einschränkt. 2) Banken nur noch auf eine Maximalgrösse beschränken, damit sie nicht too big to fail sind, sprich: Es darf schlicht keine Bank mehr geben, die derart gross ist, dass sie unsere Volkswirtschaft in Geiselnhaft nehmen kann.

Es ist eine verzwickte Lage, denn bei mehr Regulierung leiden auch diejenigen Banken darunter, die bislang vorbildlich gewirtschaftet haben. Andererseits ist es auch eine Tragödie, wenn eine nur mittelgrosse Bank Konkurs geht, denn Banken sind nicht einfache Unternehmen. Eine Volkswirtschaft braucht ein funktionierendes Bankensystem – zumindest heute noch. Das heisst, wenn eine Bank zahlungsunfähig wird, dann betrifft dies nicht bloss ihre Mitarbeiter, sondern zwangsläufig Tausende Privatpersonen und Unternehmen in ihrer Existenz. Und so komme ich zum Schluss, dass es wahrscheinlich eine aus-

gewogene Herangehensweise beider Szenarien braucht, die sowohl strengere Regulierungen als auch Grössen-beschränkungen für Banken in Betracht zieht.

Klar ist: Krisen können nicht wegreguliert werden. Eine nüchterne, aber schonungslose Analyse dieses Debakels ist dennoch absolut notwendig und die EVP fordert das ein. Und zwar sollen sämtliche Akteure unter die Lupe genommen werden: nicht bloss die CS-Führungsriege, sondern auch die Finanzmarktaufsicht (FINMA) und die Nationalbank (SNB). Aber am allermeisten braucht es endlich ein Umdenken in den Führungsetagen der Grossbanken.

Die EVP setzt sich schon lange für ein ethisches Unternehmertum ein. Krisen können zwar nicht verhindert werden, aber sie würden allein dadurch schon abgemildert, wenn der Fokus nicht auf der Profitmaximierung läge, sondern auf den verantwortungsvollen und umsichtigen Einsatz der vorhandenen Mittel – der übrigens auch rentabel sein kann und soll, aber eben massvoll!



Timon Hofmänner
Sekretär
EVP Kt. St.Gallen

PAROLEN

national

OECD/G20-Mindeststeuer
(einstimmig) Ja

Klima- und Innovationsgesetz
(einstimmig) Ja

Covid-19-Gesetz Stimmfreigabe

kantonal

Erhöhung Eigenkapital Spitalregion
Rheintal-Werdenberg-Sarganserl.
(einstimmig) Ja

Erhöhung Eigenkapital
des Spitals Linth
(einstimmig) Ja

Darlehensgewährung Spitalregion
Rheintal-Werdenberg-Sarganserl.
(einstimmig) Ja

BEILAGE HMK

Diesem Info ist eine Beilage der Hilfsorganisation HMK beigelegt. Ihre Spende bringt Lebensmittel, Nothilfe und medizinische Versorgung zu den Ärmsten dieser Welt. Mehr Infos unter www.hmk-aem.ch oder unter folgendem QR-Code:



IMPRESSUM

Herausgeber:
EVP Kanton St. Gallen
www.evp-sg.ch

Kontakt: Timon Hofmänner,
sekretariat@evp-sg.ch

IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Druck: Jordi AG, Belp



KOMMENTAR

Thierry Thurnheer
Vize-Präsident
EVP Wil

Klimaschutzgesetz

Die Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» will das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto-Null zu senken, in der Verfassung festschreiben – ein Ziel, zu dem sich die Schweiz zusammen mit über 180 Staaten im Pariser Klimaabkommen vertraglich bereits vor vielen Jahren verpflichtet hat.

Das Klimaschutzgesetz gibt klare Verminderungsziele für klimaschädliche Emissionen vor: Bis 2040 müssen diese gegenüber 1990 um 75 Prozent reduziert werden. Auch für Hausbesitzer, den Verkehr oder die Industrie setzt das Gesetz Zwischenziele. Alle Verminderungsziele müssen technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sein. Soweit möglich sollen alle Emissionsreduktionen im Inland erreicht werden.

Trotz diesen klar formulierten Zielen lässt das Gesetz meiner Ansicht nach genügend Spielraum bei der konkreten Umsetzung. Es stehen beispielsweise keine Verbote im Gesetzestext. Es sorgt für die Förderung von erneuerbaren Energiequellen und ermöglicht so nach und nach den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, wie Kohle, Gas und Öl. Mit eben diesem Ausstieg würden wir einen wichtigen Schritt aus der momentanen Abhängigkeit der grossen Energieproduzenten dieser Welt machen. Gerade der russische Überfall auf die Ukraine hat uns gezeigt, wie viel Macht mit unserer Energie verknüpft ist. Umso wichtiger erscheint es mir, dass wir uns aus diesen Schlingen der Mächtigen ziehen.

Mit dem Klimaschutzgesetz können griffige Klimaziele und konkrete Schritte zum Klimaschutz schneller in einem Gesetz verankert und umgesetzt werden. Der Gegenvorschlag ist deshalb ein wichtiger Schritt in Richtung Klimaneutralität bis 2050.

OECD-Mindeststeuer für Grossunternehmen

Rund 140 Staaten, einschliesslich der Schweiz, haben sich dazu verpflichtet, dass grosse, international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15 % Steuern auf ihren Gewinn bezahlen sollen. Am 18. Juni wird über einen Verfassungsartikel abgestimmt, der diese Mindestbesteuerung ermöglicht. Der Bundesrat plant die Einführung der Steuer per Verordnung ab dem 1. Januar 2024.

Die Praxis der niedrigen Steuern, die seit Jahren von der Schweiz und anderen Ländern angewandt wird, zieht Unternehmen an. Die EVP sieht die internationale Mindeststeuer als Schritt zu mehr Gerechtigkeit, denn Steuern sollten am tatsächlichen Unternehmensstandort gezahlt werden und nicht dort, wo es die tiefsten Steuern gibt. Die Regelung betrifft nur grosse, international tätige Unternehmensgruppen mit einem Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Franken. Rund 99 % der Unternehmen in der Schweiz sind von der Reform nicht betroffen.

Die Mindeststeuer soll durch eine Ergänzungssteuer umgesetzt werden. Diese ist eine Bundessteuer und wird von den Kantonen erhoben. Ohne die Ergänzungs-

steuer könnten Länder, in denen der Umsatz erwirtschaftet wird, diese einfordern, was zu Mehraufwand und Rechtsunsicherheit für Unternehmen führen würde. 75% des Ertrags aus der Ergänzungssteuer gehen an die betroffenen Kantone und 25% in die Bundeskasse, um die Standortförderung zu unterstützen. Die EVP hätte eine 50/50-Verteilung bevorzugt, doch der Ständerat verhinderte diese Lösung. Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz wie auch der Vorstand der EVP Kanton St.Gallen stimmten der Vorlage klar und deutlich zu.



Ursi Schweizer
Präsidentin
EVP Werdenberg

Buchverlosung «Entgegen allen Widrigkeiten»

Mit grosser Freude teilen wir die Auflösung unserer Verlosung mit! Unter allen Spendern und Neumitgliedern der EVP SG aus den Jahren 2022 und 2023, insgesamt 92 Personen, wurden drei glückliche Gewinner gezogen, die sich über ein Exemplar von Nik Guggers inspirierendem Buch «Entgegen allen Widrigkeiten» freuen dürfen.

Herzlichen Glückwunsch an:

- Jakob H. (St.Gallen)
- Oswald S. (Wagen)
- Ueli F. (Mels)

Die Gewinner wurden persönlich benachrichtigt. An dieser Stelle möchte ich auch noch persönlich meinen herzlichsten Dank an alle richten, die mit ihrer tatkräftigen

Unterstützung dazu beitragen, dass ich als Sekretär in einem Pensum von 15% angestellt sein kann. Nach dem EVP Info ist meine Anstellung der grösste Budgetposten. Ohne Ihre wertvolle Unterstützung wäre dies nicht möglich. Sie alle tragen dazu bei, dass die EVP sich im Kanton St.Gallen konstruktiv einbringen kann.

Es erfüllt uns mit Dankbarkeit und Freude, gemeinsam mit Ihnen auf diesem Weg zu sein – für eine intakte Umwelt, ein respektvolles Miteinander und für starke Familien. Vielen Dank für Ihre Treue und Ihr Engagement!

Timon Hofmänner
Sekretär, EVP Kt. St.Gallen

Pflegenotstand: kein Szenario, sondern Realität

«Der Pflegenotstand droht nicht, er ist bereits Realität», sagen die, die es wissen müssen: Pflegefachleute, die am Bett arbeiten und tagtäglich erleben, was es heisst, wenn zu wenig Personal da ist.

Jeden Monat steigen 300 Pflegende aus dem Beruf aus. Ein Grund dafür ist, dass der Beruf in der Pflege oft sehr belastend ist, sowohl körperlich als auch psychisch. Die Arbeitsbelastung und der Druck werden für viele Pflegefachkräfte zu hoch, was dazu führt, dass sie den Beruf aufgeben und in andere Branchen wechseln. Hinzu kommen oft eine unzureichende Bezahlung und schlechte Arbeitsbedingungen, die den Beruf für viele unattraktiv machen.

Internationale Studien belegen eindrücklich, dass die Sicherheit der Patienten wesentlich davon abhängt, wie viele Patienten eine Pflegefachperson (PFP) zu betreuen hat und wie gut sie ausgebildet ist. Jede proportionale Abnahme um 10% an diplomierten Pflegefachpersonen (FH/HF) ist verbunden mit einer 12%igen Erhöhung des Sterberisikos der Patienten.

Gemäss dem vierteljährlich erscheinenden Jobradar sind im dritten Quartal 2022 in den Spitälern 7'650 Stellen von diplomierten Pflegefachpersonen nicht besetzt. Für alle Pflegeberufe, also auch solche ohne Diplom, gab es 14'828 ausgeschriebene Stellen. Viele Betten sind aus Personalmangel gesperrt.

Demgegenüber tönt die Aussage des CEO des KSSG Ende März dieses Jahres doch sehr beschönigend. Gemäss Stefan Lichtensteiger ist «der Sollstellenplan wieder vollständig besetzt. Es ist aber so, dass es immer noch an FH- und HF-Personal mangelt. Die Betten würden nun langsam wieder hochgefahren. Zurzeit sind aber nicht alle Betten wieder offen.» Um den Pflegenotstand zu bekämpfen, müssen mehrere Massnahmen ergriffen werden. Dazu zählen:

1) Verbesserung der Arbeitsbedingungen: Durch eine bessere Bezahlung und Entlastung der Pflegekräfte von übermässigen Arbeitsbelastungen können die

Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden. Hierzu zählen auch eine gute Personalausstattung und ausreichend Zeit für die Versorgung der Pflegebedürftigen.

2) Ausbau der Ausbildungskapazitäten: Es muss mehr in die Ausbildung von Pflegefachkräften investiert werden, um den Mangel an Fachkräften langfristig zu beheben. Eine höhere Anfangsvergütung für Auszubildende könnte auch dazu beitragen, mehr junge Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen und zu halten.

3) Erhöhung der Attraktivität des Pflegeberufs: Der Beruf der Pflegekraft muss wieder attraktiver gemacht werden. Hierzu zählen bessere Arbeitsbedingungen, mehr Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit der Pflegekräfte sowie eine stärkere gesellschaftliche Wertschätzung des Pflegeberufs.

4) Förderung der Digitalisierung: Eine stärkere Digitalisierung kann die Arbeit der Pflegekräfte erleichtern und Zeit sparen. Sie muss aber zwingend so ausgestaltet sein, dass die Pflegefachkraft Zeit mit dem Patienten und nicht vor dem Computer verbringt.

Diese Massnahmen müssen auf allen politischen Ebenen beschlossen und umgesetzt werden, um den Pflegenotstand nachhaltig zu bekämpfen. Der Bundesrat will die konkreten Gesetzesänderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aber erst 2024 in die Vernehmlassung geben. Bis das Gesetz vom Parlament beraten ist und die notwendigen Verordnungen geschrieben sind, dauert es aber nochmals gut zwei Jahre, sodass das Gesetz erst 2027 in Kraft treten dürfte, wie Gesundheitsminister Alain Berset ausführte.



Jascha Müller
Kantonsrat
EVP St.Gallen

VORSTELLUNG

Nicole Hayoz
Vorstandsmitglied
EVP Frauen Schweiz

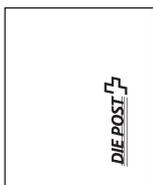


Mein politisches Engagement

Ich war schon als Kind politisch sehr interessiert, was auch in der Schule auffiel, da ich bereits in der Mittelstufe bestens über das nationale und globale Politgeschehen Bescheid wusste und mir auch die Namen der wichtigen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber sehr geläufig waren. Die Themen Friedenspolitik, Atomkraft, Umweltverschmutzung und soziale Gerechtigkeit hatten es mir schon damals sehr angetan. Kunststück – es waren ja die 80-er.

Bis heute hat sich das nicht geändert. Als ich im Jahr 2000 von Kambodscha zurückgekehrt bin, wo ich ein Jahr in den Kinderspitälern Kantha Bopha von Beat Richner gearbeitet habe, war für mich klar, dass jetzt die Zeit reif ist, um mich politisch konkret zu engagieren. Ich hatte hautnah miterlebt, was Armut bedeutet, welche Auswirkungen Hunger hat und was es heisst, kein funktionierendes Gesundheitssystem zur Verfügung zu haben. Ich habe gesehen, welche Auswirkungen 30 Jahre Bürgerkrieg auf Kinder, Frauen und eine ganze Gesellschaft haben.

Zunächst engagierte ich mich in der SP, musste aber nach 9 Jahren feststellen, dass die zunehmend polarisierenden Positionen mir nicht entsprechen. Polarisierende Positionen sind nie zielführend, sondern dienen nur dem eigenen Standpunkt, was eine Gesellschaft aber nicht weiterbringt. Deshalb bin ich 2009 aus der SP ausgetreten, auch weil ich schon damals feststellen musste, dass sich mein Wahlverhalten zunehmend mit den Parolen der EVP deckten. 2016 bin ich dann der EVP beigetreten und fühle mich hier sehr wohl. Gerade auch bei den EVP-Frauen möchte ich nicht polarisierend politisieren, sondern Brücken bauen. Ich möchte versuchen, immer mehr Frauen dazu zu motivieren, dass auch sie ihren Ansichten, ihrem Denken eine Stimme zu geben, sich zu Wort zu melden. Wir Frauen ticken halt schon etwas anders als Männer und umgekehrt und das ist auch gut so. Es braucht beides, so wie uns Gott geschaffen hat.



EVP Toggenburg: neuer Vorstand gewählt

Am 24. März fand nach längerer Pause wieder eine Parteiversammlung der EVP Toggenburg statt. Im Vorfeld wurde intensiv geworben, sodass die Erwartungen hoch waren. Als die Zahl der Besucher jedoch unter den Erwartungen blieb, war die Enttäuschung einiger Teilnehmer spürbar. Dennoch verlief die Parteiversammlung erfolgreich und wurde von namhaften Gästen der kantonalen EVP, wie Präsident Daniel Bertoldo und seiner Frau Gisela sowie Kantonalsekretär Timon Hofmänner, bereichert.

Der scheidende Präsident Urs Knecht präsentierte eine informative Zusammenfassung der vergangenen 14 Jahre in seinem letzten Jahresbericht. Anschließend konnte der finanzielle Teil zügig abgeschlossen werden, da es beim Neustart der EVP Toggenburg noch nicht viel zu entscheiden gab. Besondere Ehrungen erhielt Irma Knecht für ihre langjährige treue Arbeit als Kassiererin.

Der neu zu wählende Vorstand stellte sich im Anschluss vor: Roger Keller (53) aus Stein SG und Winfried Neukom (65) aus Ebnat-Kappel als Co-Präsidenten, Werner Bleiker (63) aus Wattwil, Andrea Neukom (63) als Aktuarin aus Ebnat-Kappel und natürlich Urs

Knecht (69), neu als Kassier aus Wattwil. Alle wurden einstimmig gewählt!

Daniel Bertoldo, Präsident der kantonalen EVP, dankte dem langjährigen Präsidenten der EVP Toggenburg, Urs Knecht, für sein Durchhaltevermögen und Engagement, welches die EVP Toggenburg am Leben erhalten hatte. Gleichzeitig hiess Bertoldo den neuen Vorstand willkommen und äusserte seine Freude über das motivierte Team der EVP Toggenburg.

Ohne lange Diskussionen wurden die leicht überarbeiteten Statuten einstimmig angenommen. Damit kann die Arbeit des neuen Vorstands für 2023 beginnen. Zum Abschluss übernahm Roger Keller das Wort, verteilte mit dem EVP-Logo verzierte Toggenburger Biberli und dankte allen für ihren Beitrag zum erfolgreichen Start der EVP Toggenburg. Mit dem neuen und topmotivierten Vorstand blickt die Partei nun optimistisch in die Zukunft.

Winfried Neukom
Co-Präsident, EVP Toggenburg



Der neue Vorstand der EVP Toggenburg, v.l.: Urs Knecht, Werner Bleiker, Andrea und Winfried Neukom, Roger Keller